



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



17243/1/13 REV 1

(OR. en)

PRESSE 523

PR CO 62

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3277. Tagung des Rates

Auswärtige Angelegenheiten

Handel

BALI, Indonesien, 3. und 6. Dezember 2013

Präsident

Linas Linkevičius

Minister für auswärtige Angelegenheiten (Litauen)

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat, der am Rande der 9. **Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO)** in Bali (Indonesien) zusammentrat, wurde von der Kommission über die diesbezüglichen Entwicklungen unterrichtet. Er teilte die positive Bewertung, zu der die Kommission in Bezug auf das erreichte Gesamtpaket gelangt ist.*

Auf der Ministerkonferenz wurden Fortschritte bei der Doha-Runde von Handelsverhandlungen erzielt und Beschlüsse über Fragen betreffend Handelserleichterungen, Landwirtschaft, Baumwolle und Entwicklung sowie die am wenigsten entwickelten Länder angenommen.

Hinsichtlich des Arbeitsprogramms für die Zeit nach Bali billigte der Rat den Entwurf der WTO-Ministererklärung und insbesondere das Ziel eines Abschlusses der Doha-Runde. Er bekräftigte, wie wichtig es ist, innerhalb der einzelnen Bereiche der Doha-Entwicklungsagenda und über alle Teilbereiche hinweg ein umfassendes, anspruchsvolles und ausgewogenes Endergebnis zu erzielen.

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

9. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation	6
Erster Satz von Schlussfolgerungen:.....	6
Zweiter Satz von Schlussfolgerungen:.....	8

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

keine

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER

Belgien:

Bertrand DE CROMBRUGGHE

Botschafter

Bulgarien:

Dragomir STOYNEV

Minister für Wirtschaft und Energie

Tschechische Republik:

Milan HOVORKA

Stellvertretender Minister für Industrie und Handel

Dänemark:

Nick HÆKKERUP

Minister für Handel und Europafragen

Deutschland:

Anne Ruth HERKES

Staatssekretärin, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Estland:

Väino REINART

Unterstaatssekretär für Wirtschaft und Entwicklung

Irland:

Richard BRUTON

Minister für Beschäftigung, Unternehmen und Innovation

Griechenland:

Panagiotis MITARACHI

Staatssekretär für Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit

Spanien:

Miguel ARIAS CAÑETE

Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt

Frankreich:

Nicole BRICQ

Ministerin für den Außenhandel

Kroatien:

Tihomir JAKOVINA

Minister für Landwirtschaft

Italien:

Carlo CALENDIA

Stellvertretender Minister für Wirtschaftsentwicklung

Zypern:

Egli PANTELAKI

Staatssekretärin, Ministerium für Landwirtschaft, Naturressourcen und Umwelt

Lettland:

Inga ERNSTSONE

Botschafterin

Litauen:

Linas LINKEVIČIUS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Sasha BAILLIE

Botschafterin

Ungarn:

János MARTONYI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Malta:

Christian CARDONA

Minister für Wirtschaft, Investitionen und Kleinunternehmen

Niederlande:

Lilianne PLOUMEN

Ministerin für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit

Österreich:

Robert PROCHAZKA

Minister

Polen:

Andrzej DYCHA

Unterstaatssekretär, Ministerium für Wirtschaft

Portugal:

Bruno MAÇÃES

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

Virgil Daniel POPESCU

Staatssekretär

Slowenien:

Andreja KERT

Staatssekretärin, Ministerium für Wirtschaftsentwicklung und Technologie

Slowakei:

Tomáš MALATINSKÝ

Minister für Wirtschaft

Finnland:

Alexander STUBB

Minister für europäische Angelegenheiten und Außenhandel

Schweden:

Ewa BJÖRLING

Ministerin für Handel und die nordische Zusammenarbeit

Vereinigtes Königreich:

Stephen GREEN

Staatsminister für Handel und Investitionen, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen sowie Ministerium für Unternehmen, Innovation und berufliche Qualifizierung

Kommission:

Karel DE GUCHT

Dacian CIOLOȘ

Mitglied

Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

9. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation

Erster Satz von Schlussfolgerungen:

Der Rat hat auf seiner Tagung vom 3. Dezember 2013 zur Eröffnung der Konferenz die folgenden Schlussfolgerungen angenommen:

- "1. Der Rat bekräftigt, dass die EU für das multilaterale Handelssystem eintritt und dass der Erzielung eines ambitionierten und ausgewogenen Ergebnisses auf der 9. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) entscheidende Bedeutung zukommt. Dieses erfolgreiche Ergebnis würde eine positive Dynamik für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über andere Fragen der Doha-Entwicklungsagenda im Jahr 2014 schaffen.
2. Die Konferenz sollte zu einem politischen Einvernehmen über den Text eines ambitionierten und rechtsverbindlichen Abkommens über Handelserleichterungen gelangen, welches für alle WTO-Mitglieder wesentliche Vorteile erbringen und eine Triebkraft für Welthandel und Wachstum sein wird. Das Abkommen über Handelserleichterungen sollte so bald wie möglich nach der Konferenz im Jahr 2014 angenommen werden.
3. Das Abkommen über Handelserleichterungen wird für Entwicklungsländer besonders vorteilhaft sein, weil sie dadurch besser in den internationalen Handel und die globalen Wertschöpfungsketten integriert werden. Die EU tritt nach wie vor für die Unterstützung der besonders bedürftigen Entwicklungsländer, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder, bei der Umsetzung der Abkommen über Handelserleichterungen ein. Sie erkennt die Notwendigkeit zeitlich befristeter Flexibilitätsbestimmungen für bestimmte Entwicklungsländer an. Die weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer sollten erklären, dass sie von diesen Flexibilitätsbestimmungen keinen Gebrauch oder einen sehr begrenzten Gebrauch vor allem in Form von kurzen Übergangsfristen vor der vollständigen Umsetzung machen werden.
4. Ein zufriedenstellendes Ergebnis bei dem Abkommen über Handelserleichterungen wird es der EU ermöglichen, dem Gesamtpaket, einschließlich anderer, nachstehend genannter Fragen der Doha-Entwicklungsagenda, ihre Zustimmung zu erteilen.
5. Die Landwirtschaft ist ein zentrales Thema der Doha-Entwicklungsagenda, welches nur behandelt werden kann, wenn im Endergebnis weitere unter die Doha-Entwicklungsagenda fallende Bereiche Berücksichtigung finden. Eine begrenzte Anzahl von Fragen könnte jedoch Teil des Ergebnisses der Konferenz sein. Die Ernährungssicherheit sollte in einer zeitlich befristeten Klausel berücksichtigt werden, die gebührende Zurückhaltung ("due restraint") vorsieht sowie bestimmte Voraussetzungen und Garantien beinhaltet, welche von den WTO-Mitgliedern vereinbart werden, um für Transparenz zu sorgen und Verzerrungen der Handelsströme vorzubeugen. Die EU könnte auch der Verbesserung der Zollkontingent-Verwaltung zustimmen mit dem Hinweis, dass es vorteilhafter wäre, wenn sie von allen WTO-Mitgliedern angewandt würde.
6. Im Bereich des Ausfuhrwettbewerbs hat die EU in den letzten Jahren bereits enorme Anstrengungen unternommen, um die Inanspruchnahme von Exportsubventionen in der EU zu verringern; dem stehen bezogen auf sämtliche Aspekte des Ausfuhrwettbewerbs keine gleichwertigen Anstrengungen anderer WTO-Mitglieder gegenüber. Die EU ist bereit, eine politische Erklärung der Konferenz zu unterstützen, in der die erzielten Fortschritte zur Kenntnis genommen werden, die Bedeutung der Transparenz unterstrichen und die Notwendigkeit, alle Fragen des Ausfuhrwettbewerbs im Rahmen künftiger Verhandlungen über die Doha-Entwicklungsagenda in ausgewogener Weise zu behandeln, bekräftigt wird.

7. Zusätzlich zu der bedeutenden Entwicklungsdimension des Abkommens über Handels-erleichterungen würde der Mechanismus zur Überwachung der Bestimmungen für die differenzierte Sonderbehandlung zur Integration der Entwicklungsländer in das multilaterale Handelssystem beitragen. Hinsichtlich der am wenigsten entwickelten Länder würden die Entwürfe von WTO-Ministerbeschlüssen über die praktische Umsetzung der Ausnahme-regelung für Dienstleistungen, Präferenzursprungsregeln, zoll- und kontingentfreien Marktzugang und Baumwolle zusammen mit den bereits vereinbarten Beschlüssen über Beitrittsleitlinien für die am wenigsten entwickelten Länder und die Verlängerung der Übergangsfristen für TRIPS ein bedeutungsvolles und ehrgeiziges entwicklungspolitisches Paket für die Konferenz darstellen.
8. In diesem Zusammenhang begrüßt der Rat ausdrücklich den Beitritt Jemens zur WTO und verweist auf sein Eintreten für Erleichterungen des Beitritts der am wenigsten entwickelten Länder zur WTO.
9. Die EU unterstreicht die Bedeutung einer ausgewogenen Überarbeitung des Überein-kommens über den Handel mit Waren der Informationstechnologie. Die EU sieht dem raschen Inkrafttreten des überarbeiteten Übereinkommens über das öffentliche Beschaf-fungswesen, das insbesondere transparentere Vorschriften und neue Marktzugangsmöglich-keiten vorsehen wird, erwartungsvoll entgegen.
10. Der Rat unterstützt die Kommission in ihren Bemühungen, die Konferenz zum Erfolg zu führen. Er wird die Fortschritte bewerten, die im Hinblick auf die Erzielung eines ausge-wogenen Ergebnisses im Einklang mit diesen Schlussfolgerungen erzielt werden. Zu diesem Zweck wird die Kommission dem Rat regelmäßig über die Fortschritte bei den Verhandlungen Bericht erstatten und erforderlichenfalls Entwürfe für Verhandlungs-positionen der EU zu Texten vorlegen, über die im Rahmen der WTO beraten wird. Sie wird dem Rat die ausgehandelten WTO-Texte vor ihrer endgültigen Verabschiedung durch die WTO-Gremien vorlegen."

Zweiter Satz von Schlussfolgerungen:

Der Rat hat auf seiner Tagung vom 6. Dezember 2013 die folgenden Schlussfolgerungen angenommen:

- "1. Der Rat wurde von der Kommission über die jüngsten Entwicklungen auf der 9. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation unterrichtet. Er teilt die positive Bewertung, zu der die Kommission in Bezug auf das erreichte Gesamtpaket gelangt ist.
2. Insbesondere begrüßt die EU die Ergebnisse, die beim Entwurf eines Abkommens über Handelserleichterungen erzielt wurden. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die darin enthaltene Bestimmung über den Transitverkehr die geltenden nationalen Regelungen und bilateralen oder multilateralen Verkehrsvereinbarungen, etwa Regelungen über obligatorische Verkehrszulassungen, nicht berührt. Der Rat billigt überdies die Ergebnisse, die beim Überwachungsmechanismus, der Zollkontingent-Verwaltung und der Ernährungssicherheit sowie bei den Entwürfen von WTO-Ministerbeschlüssen in Bezug auf die am wenigsten entwickelten Länder (Präferenzursprungsregeln, Baumwolle, praktische Umsetzung der Ausnahmeregelung für Dienstleistungen sowie zoll- und quotenfreier Zugang) erzielt wurden.
3. Aus Sicht der EU ist die Annahme der drei Beschlüsse über den Überwachungsmechanismus, die Zollkontingent-Verwaltung bzw. die Ernährungssicherheit Bestandteil eines globalen Ergebnisses, nämlich des Bali-Pakets, das aus drei Säulen, dem Abkommen über Handelserleichterungen und den Beschlüssen über Landwirtschaft und über Entwicklung, besteht. Dieser Prozess wird zu gegebener Zeit gegebenenfalls mit der Annahme weiterer Beschlüsse abgeschlossen werden.
4. Die EU wird dies im Einklang mit ihren internen Verfahren und unbeschadet der Aufteilung von Zuständigkeiten zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten weiterverfolgen.
5. Der Rat billigt die Erklärung der Minister zu einem Arbeitsprogramm für die Zeit nach Bali, insbesondere das darin genannte Hauptziel eines Abschlusses der Runde. Er bekräftigt, wie wichtig es ist, in Übereinstimmung mit seinen einschlägigen Schlussfolgerungen innerhalb der einzelnen DDA-Bereiche und über alle Teilbereiche hinweg ein umfassendes, anspruchsvolles und ausgewogenes Endergebnis zu erzielen. In diesem Zusammenhang betont er, dass die Möglichkeiten für eine Liberalisierung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen weiter sondiert werden müssen."